

10.07.2025

Kleine Anfrage 6039

der Abgeordneten Lisa-Kristin Kapteinat, Thorsten Klute, Lena Teschlade, Josef Neumann, Christina Weng, Rodion Bakum, Anja Butschkau und Silvia Gosewinkel SPD

Versorgung von Frauen durch Hebammen gefährdet: Was tut die Landesregierung?

Die letzte Gesundheitsministerkonferenz (GMK) hat Mitte Juni in Weimar getagt. Auf Initiative des saarländischen Gesundheitsministers Magnus Jung wurde dort über die Vergütungsprobleme insbesondere für Beleghebammen gesprochen.¹

Hintergrund für die Vergütungsprobleme ist der neue Hebammenhilfvertrag. Dieser führe dazu, dass viele Hebammen ihre Arbeit aufgrund finanzieller Einbußen nicht mehr fortführen können. Der WDR hat über diese Situation bereits mehrfach in den letzten Wochen und Monaten berichtet.²

Jetzt ist zu befürchten, dass viele Beleghebammen ihre Versorgungsverträge mit Krankenhäusern in ganz NRW aufgrund der verschlechterten Vergütung aufkündigen werden. Das kann zu einer Versorgungsnotlage für schwangere Frauen in NRW führen. Diese Entwicklung muss zwingend gestoppt werden. Keine Frau in NRW muss sich fürchten, dass sie im Falle einer anstehenden Geburt nicht versorgt wird.

Auch die GMK hat diese akute Lage erkannt und sich darauf geeinigt, ein gemeinsames Schreiben an das Bundesgesundheitsministerium zu schicken.³ Der Inhalt des Schreibens ist derzeit noch nicht bekannt.

Die neue Regelung des Hebammenhilfvertrags wird ab dem 01.11.2025 umgesetzt. Deshalb ist es jetzt dringend notwendig, dass sich insbesondere die nordrhein-westfälische Landesregierung dafür einsetzt, dass die richtigen (finanziellen) Rahmenbedingungen für die Hebammen getroffen werden, um eine Versorgungsnotlage für schwangere Frauen in NRW zu verhindern. In Bayern wird z.B. bereits ein Hebammenbonus in Höhe von 1.000 Euro pro Jahr für Hebammen ausgezahlt, die freiberuflich in der Geburtshilfe tätig sind und mindestens vier Geburten im Jahr betreuen.⁴

¹ https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/landespolitik/hebammen-magnus-jung-will-ueberpruefung-von-schiedsspruch_aid-130429447

² <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/dienst-beleghebammen-droht-finanzielles-aus-100.html>

³ https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/landespolitik/hebammen-magnus-jung-will-ueberpruefung-von-schiedsspruch_aid-130429447

⁴ <https://www.lfp.bayern.de/hebammenbonus/>

Daher fragen wir die Landesregierung:

1. Welchen Inhalt hat das einschlägige Schreiben der GMK an das Bundesgesundheitsministerium? (sofern möglich bitte das Schreiben bereitstellen)
2. Wie hoch ist der Anteil an Beleghebammen an den NRW-Krankenhäusern? (bitte nach Anzahl der Geburten und Versorgungsregionen nach NRW-Krankenhausplan aufschlüsseln)
3. Welche Ergebnisse haben die Gespräche der Landesregierung mit den beteiligten Akteurinnen und Akteuren des ausgehandelten Hebammenhilfevertrags (GKV-Spitzenverband, Bund freiberuflicher Hebammen Deutschlands e.V., Deutscher Hebammenverband, Netzwerk der Geburtshäuser e.V.) erzielt?
4. Wie wird sich die Landesregierung über das einschlägige Schreiben der GMK hinaus für eine existenzertaltende Vergütung der Hebammen in NRW einsetzen?
5. Wie bewertet die Landesregierung die Möglichkeit, eine Prämie für Hebammen analog zum Hebammenbonus in Bayern einzuführen?

Lisa-Kristin Kapteinat
Thorsten Klute
Lena Teschlade
Josef Neumann
Christina Weng
Rodion Bakum
Anja Butschkau
Silvia Gosewinkel